

# bewegt!



## ERREICHT!

Steuerreform bringt Entlastung  
für ArbeitnehmerInnen



VERANTWORTUNG  
AUCH IN DER KRISE!



EU-Wahl:  
Evelyn Regner  
Kandidatin der FSG



AK-Wahl in Kärnten:  
Fairness für  
ArbeitnehmerInnen!



„Wer zur AK-Wahl geht, stärkt die ArbeitnehmerInnen. Darum: Hingehen, mitbestimmen und die FSG wählen!“

GÜNTHER GOACH,  
FSG-SPITZEN-  
KANDIDAT BEI  
DER AK-WAHL  
IN KÄRNTEN



## AK-Wahl in Kärnten

# AK STÄRKEN – MEHR FAIRNESS IN DER ARBEITSWELT!

**Von 20. bis 30. April findet in Kärnten die Arbeiterkammer-Wahl statt.**

**Die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen Kärntens mit ihrem Spitzenkandidaten, AK-Präsident Günther Goach, stellen dabei den Kampf für Arbeit, Ausbildung, Einkommen, ein solidarisches Gesundheits- und Pensionssystem sowie für soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund ihrer Aktivitäten.**

**MIT DEM WAHLSLOGAN** „Fair Stark Goach“ treten die FSG-GewerkschafterInnen für eine Stärkung der Kärntner Arbeiterkammer unter ihrem Präsidenten Günther Goach ein: Je stärker die Unterstützung der Arbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen durch ihre Mitglieder ist, umso stärker kann die AK auch für mehr Fairness in der Arbeitswelt eintreten.

FSG-Spitzenkandidat Günther Goach:

„Wer zur AK-Wahl geht, stärkt die ArbeitnehmerInnen. Darum: Hingehen, mitbestimmen und die FSG wählen!“ Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten ist eine starke Arbeiterkammer von besonderer Bedeutung, unterstreicht auch FSG-Bundesvorsitzender Wilhelm Haberzettl.

Wahlberechtigt bei der AK-Wahl sind alle ArbeitnehmerInnen, die als AK-Mitglieder AK-Umlage zahlen und darüber hinaus auch alle ArbeitnehmerInnen, die derzeit Präsenzdienst, Zivildienst oder Ausbildungsdienst leisten, geringfügig Beschäftigte sowie Arbeitslose, die zuvor mindestens 20 Wochen der AK zugehörig waren.

### FSG-Wahlprogramm: Fairness für ArbeitnehmerInnen!

In ihrem Wahlprogramm stellen die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen die Forderung nach mehr Fairness für

die ArbeitnehmerInnen in den Vordergrund. Angesichts der internationalen Wirtschaftskrise, die mittlerweile Österreich voll erfasst hat, und ihren gravierenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, fordert die FSG die Sicherung der Beschäftigung und der Arbeitsplätze, die Stärkung der Kaufkraft durch spürbare Lohnzuwächse, die Ankurbelung der Wirtschaft durch Investitionen in die Infrastruktur, die Bereitstellung von mehr Mitteln für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, damit auch ältere Arbeitslose eine Chance haben, den Ausbau von überbetrieblichen Lehrwerkstätten, um die Beschäftigung für die Jugend zu sichern, die Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln nur unter der Bedingung, dass Arbeitsplätze gesichert werden und den Schutz der heimischen Arbeitsplätze durch die Aufrechterhaltung der Zugangsbeschränkungen zum österreichischen Arbeitsmarkt bis mindestens 2011.

Bei der AK-Wahl in Kärnten kandidieren folgende KollegInnen der FSGvida:



**Anton Kalidz**  
FSG-Vorsitzender vida  
Kärnten,  
BRV Österr. Rotes  
Kreuz, Klagenfurt



**Hermann Lipitsch**  
ÖGB- und vida-  
Landesvorsitzender  
für Kärnten,  
SPÖ-Abgeordneter  
zum Nationalrat



**Elfriede Diex**  
vida-Landesgeschäftsführerin für Kärnten



**Johann Kerndle**  
BRV im Kur- und  
Rehab-Zentrum,  
Althofen



**Amalia Grabner**  
BRV Deutscher Orden  
Krankenhaus, Friesach,  
SPÖ-Stadträtin in  
Friesach



**Ferdinand Unterwieser**  
BRV Akkord-  
Gebäudereinigung,  
Klagenfurt



**Regina Kuncic**  
BRV Elisabethinen  
Krankenhaus,  
Klagenfurt



**Reinhard Liegl**  
BRV ÖBB Infrastruktur  
Bau AG



**Jürgen Binter**  
Fachsekretär vida  
Kärnten

## EDITORIAL



*WILHELM HABERZETTL,*  
*Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer*  
*GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft vida,*  
*Vorsitzender der Sektion Verkehr*

## Verantwortung — auch in der Krise!

**Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat mittlerweile auch Österreichs Arbeitswelt erreicht. Die Folgen sind für Österreichs ArbeitnehmerInnen in ihrer Gesamtheit direkt spürbar - Firmenpleiten, steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit -, aber auch im ÖBB-Konzern zu spüren: Vom Rückgang des Frachtaufkommens im Güterverkehr um mehr als zehn Prozent sowie Einbußen im Fernreiseverkehr sind aufgrund von Zugreduktionen auch die EisenbahnerInnen direkt betroffen.**

**DIES TRIFFT** den ÖBB-Konzern in einem Augenblick, da sich für das Unternehmen die negativen Folgen der Spekulationsgeschäfte des früheren ÖBB-Vorstands in der Bilanz niederschlagen: Zu den Rückstellungen aufgrund der Hochrisikogeschäfte mit der Deutschen Bank im Ausmaß von 438 Millionen Euro kommen auch noch Wertminderungen in enormer Höhe! Das heißt: Der Konzern wird für 2008 ein negatives Bilanzergebnis vorlegen müssen - und da sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch gar nicht mitberechnet (siehe auch Seite 8).

Die österreichische Bundesregierung hat bisher versucht, mit Konjunkturpaketen und anderen Maßnahmen durch die Krise zu steuern. Ob sie ausreichen, ist derzeit noch nicht abzusehen. Völlig verfehlt sind freilich jene Versuche von Industrie und Finanzminister an die Gewerkschaften, im Vorfeld der kommenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen zu „maßvollen Lohnabschlüssen“ zu appellieren oder gar Null-Lohnrunden zu verlangen. Was dabei auffällt ist, dass es immer nur die ArbeitnehmerInnen sein sollen, die in der Krise ihren Beitrag leisten sollen, während den Banken vom Staat mit Milliardenaufwand an Steuergeldern auf die Beine geholfen wird. Der Vizekanzler und ÖVP-Obmann muss mit allem Nachdruck daran erinnert werden, dass es jetzt darum geht, Kaufkraft zu schaffen. Vor einer Null-Lohnrunde bzw. Lohnkürzungen hat dieser Tage nicht zuletzt der Arbeitsmarktexperte des Instituts für Wirtschaftsforschung, Alois Guger, gewarnt: „Lohneinbußen würden die Kaufkraft zu stark einschränken, das können wir nicht brauchen.“ Der Experte machte auch darauf aufmerksam, dass das Jahr 2009 aufgrund der guten Kollektivvertragsabschlüsse des Vorjahrs und der heurigen Steuerreform (die allerdings erst wirken muss) eines der wenigen Jahre ist, in dem es einen Zuwachs von gut drei Prozent beim Nettorealeinkommen gibt, während es in den vergangenen 30 Jahren einen rückläufigen Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen gegeben hat. Wir sozialdemokratischen GewerkschafterInnen verstehen jedenfalls Verantwortung auch in der Krise so, dass nicht die ArbeitnehmerInnen, die für die Krise nichts können, zur Kasse gebeten werden. Das wird auch für die Lohn- und Gehaltsverhandlungen der nächsten Monate gelten!

Wilhelm Habertzettl  
wilhelm.habertzettl@vida.at

# STEUERREFORM 2009 DURCH UNS BLEIBT IM BÖRSEL

Als Facharbeiter  
verdiene ich 2300  
Euro pro  
Monat. Durch die  
Steuerreform  
**bleiben mir im Jahr  
mehr im B**



Die Steuerreform 2009 trägt deutlich unsere Handschrift. Bei einem  
Einkommen zwischen 1200 und 1600 Euro sparst du dir jährlich durchschnittlich  
**425 Euro. Manchmal auch mehr.** Das stärkt die Kaufkraft und schafft  
Arbeitsplätze. Das richtige Zeichen in Zeiten wie diesen. **w**

09:

**MEHR**

Arbeiter  
Euro brutto im  
Steuerreform  
Jahr **593 Euro**  
Börstel.

Bei meinem  
Monatsgehalt von  
1600 Euro brutto **erspare**  
**ich mir 467 Euro Steuer**  
**pro Jahr.**



em Einkommen  
ch **mindestens**  
ft 13.000 neue  
[www.fsgvida.at](http://www.fsgvida.at)

**FSG** *vida* Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen

## Europa-Wahl am 7. Juni 2009:

# NUR WER WÄHLT, ZÄHLT!

**Am 7. Juni 2009 sind die Österreicherinnen und Österreicher zum Urnengang aufgefordert. Ihre Stimme ist mitentscheidend für die zukünftige politische Ausrichtung der EU. Diese Chance bietet sich nur alle fünf Jahre und ist gerade für ArbeitnehmerInnen von weit reichender Konsequenz. Denn das Europäische Parlament übernimmt als Sprachrohr für knapp 500 Millionen BürgerInnen oftmals die Rolle des sozialen Gewissens innerhalb der europäischen Institutionen.**

**POSITIVE ABSTIMMUNGSERGEBNISSE**, wie erst kürzlich zur Arbeitszeitrichtlinie, stellen die Durchschlagskraft des EU-Parlaments unter Beweis, wenn es um die Interessen der ArbeitnehmerInnen geht. Auch in der derzeit wütenden Finanz- und Wirtschaftskrise hat die EU ihre Handlungsfähigkeit verdeutlicht. Trotzdem: Bei vielen ArbeitnehmerInnen verstärkt sich die Meinung, dass die EU nur noch ein Zusammenschluss von Wirtschaftsinteressen sei. Sie haben damit nicht ganz unrecht. Das Europäische Parlament muss dringend eine Kurskorrektur einleiten. Für ArbeitnehmerInnen ist die kommende EU-Wahl deshalb von großer Bedeutung. Es geht

um die Politik der nächsten Jahre und welche Schwerpunkte europaweit gesetzt werden: Die Sozialdemokratie ist jene Kraft in Europa, die für die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates steht, die sich gegen Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen ausspricht und die für vernünftige Regelungen des Finanzmarktes eintritt. Dies alles steht im Gegensatz zu den konservativen Kräften, die derzeit Europa regieren.

### Hannes Swoboda, SPÖ-Spitzenkandidat

Die SPÖ geht zum dritten Mal mit Hannes Swoboda in eine EU-Wahl. Sein Ziel ist es, am 7. Juni neuerlich Platz eins für die Sozialdemokratie zu holen. „Ja zu Europa, aber Nein zu einem konservativ dominierten Europa“ lautet seine Kampfansage. Swoboda spricht sich für klare Regeln in der Finanzwirtschaft aus. Die Sozialdemokratie sei „die einzige Kraft, die in Europa etwas ändern kann und will“ und stehe für eine vernünftige Regulierung. Zur SPÖ-Position, wonach über wesentliche Änderungen des EU-Vertrages eine Volksabstimmung abzuhalten sei, sagte Swoboda, er stehe „zu 100 Prozent“ hinter dieser Entscheidung.

### Evelyn Regner, Spitzenkandidatin der FSG

Evelyn Regner, die acht Jahre lang das ÖGB-Büro in Brüssel geleitet hat, ist Spitzenkandidatin der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen bei der EU-Wahl und steht auf Platz 2 der SPÖ-Liste. Sie fordert „eine soziale Fortschrittsklausel, die klarstellt, dass der EU-Binnenmarkt keinen Vorrang gegenüber den sozialen Grundrechten hat. Dieses soziale Sicherheitsnetz, verbunden mit genügend guten Arbeitsplätzen, ist der beste Schutz vor Armut.“ (In der nächsten Ausgabe von FSGvida bewegt! folgt ein ausführliches Interview.)

### Politischer Abschied von Harald Ettl

Der langjährige EU-Parlamentarier, Ex-Gesundheitsminister und stv. Vorsitzende der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung, Harald Ettl, nimmt „Abschied von Europa“: Nach zwölf Jahren im EU-Parlament wird Ettl bei der EU-Wahl am 7. Juni 2009 nicht mehr antreten. Er blickt auf beinahe 25 Jahre „europäischer Arbeit“ zurück.

Ettl beschäftigte sich als Abgeordneter vor allem mit Fragen, die die europäischen ArbeitnehmerInnen besonders betreffen. Beispielsweise „wie viel Grundkapital Versicherungen haben müssen, damit die arbeitende Bevölkerung nicht um ihre Lebensversicherung umfällt“, so der EU-Abgeordnete. Ein besonderes Augenmerk widmete er den Fragen der Mitbestimmung und Information der Beschäftigten. Ettl: „Wenn die Information zu kurz kommt, dann ist der Konflikt programmiert. Das haben viele Arbeitgeber bis heute noch nicht verstanden.“

## DIE SPÖ-KANDIDATINNEN

1. Dr. Hannes SWOBODA
2. Mag.<sup>a</sup> Evelyn REGNER
3. Mag. Jörg LEICHTFRIED
4. Karin KADENBACH
5. Dr. Josef WEIDENHOLZER oder Dr. Maria BERGER
6. Christa PRETS
7. Mag. Herbert BÖSCH
8. Heidi HIRSCHBICHLER, MBA
9. Mag.<sup>a</sup> Kerstin ZLENDER
10. Mag. (FH) Maximilian UNTERRAINER



FSG-VORSITZENDER WILHELM HABERZETTL,  
FSG-SPITZENKANDIDATIN EVELYN REGNER,  
SCHEIDENDER EU-ABGEORDNETER HARALD Ettl

Mit Evelyn Regner kandidiert die EU-Expertin  
des ÖGB für das EU-Parlament:

„Wir wollen ein soziales Sicherheitsnetz für  
Europas ArbeitnehmerInnen!“

### Vom Wahlrecht Gebrauch machen!

Nur eine hohe Wahlbeteiligung der ArbeitnehmerInnen kann ihre Anliegen stärken. Denn eine niedrige Wahlbeteiligung würde das EU-Parlament abwerten und den kapitaldominierten Lobbys und Bürokratien noch mehr Einfluss sichern. Daher geht es bei dieser Wahl um die berechtigten Anliegen und Interessen der Menschen in Europa und nicht darum, Europa ausschließlich nach Kapitalinteressen politisch zu gestalten. Ein soziales Europa ist ein Europa der Menschen.

### Nur wer wählt, zählt!

Engagierte Politik für die ArbeitnehmerInnen in Brüssel wird auch in Österreich spürbar sein. Deshalb ersucht die FSGvida alle ArbeitnehmerInnen, von ihrem Wahlrecht unbedingt Gebrauch zu machen. Jüngsten Umfragen zufolge genießt das Europäische Parlament das höchste Vertrauen von allen europäischen Institutionen. Der Weg zu einem

sozialen Europa ist dennoch ein weiter. Die 736 europäischen Abgeordneten müssen in der nächsten Legislaturperiode von 2009 bis 2014 wesentliche Impulse für ein sozialeres Antlitz der EU setzen. Den Auftrag dazu erteilen ihnen wir, die europäischen ArbeitnehmerInnen. Am 7. Juni gibt es die Möglichkeit dazu: Die SPÖ-KandidatInnen zur EU-Wahl treten an, um die EU ein Stück sozialer zu machen.



FSG- und ÖBB-Konzernbetriebsrats-  
Vorsitzender Wilhelm Haberzettl:

„Wir wollen keine AUA auf Schienen!“

## Wirtschaftskrise erreicht ÖBB

# „WIR WOLLEN KEINE AUA AUF SCHIENEN!“

**Die in den USA ausgelöste Wirtschafts- und Finanzkrise, für Österreichs Wirtschaftsforscher der „schwerste Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit“, hat nachhaltige Folgen auch in Österreich: Die Wirtschaft wird um bis zu 2,7 Prozent schrumpfen, die Zahl der Arbeitslosen allein heuer um bis zu 53.000 steigen. Die Wirtschaftskrise hat mittlerweile auch den ÖBB-Konzern erreicht: Experten rechnen mit einem finanziellen Minus um elf Prozent.**

**DIE WIRTSCHAFTSKRISE** schlägt im ÖBB-Konzern mit dem Rückgang der Frachtaufkommen und der sinkenden

Passagierzahlen im Fernreiseverkehr auch auf die Beschäftigung durch: Der Rückgang im Verkehr bewirkt Zugreduktionen, wodurch Eisenbahner in spezifischen Verwendungen im Rahmen der Dienstplanung direkt betroffen sind, was zu personellen Überkapazitäten führt. Allerdings wird in den nächsten Monaten das 2. Konjunkturpaket der Bundesregierung zu greifen beginnen, mit dem mehr in den Bahnausbau investiert wird - d. h. in den einzelnen Sparten des ÖBB-Baubereichs besteht ein Personalbedarf.

Derzeit laufen Verhandlungen zwischen der ÖBB-Führung und der Belegschaftsvertretung mit dem vorrangigen Ziel der Absicherung der Arbeitsplätze. Dabei geht es ausschließlich um beschäftigungspolitische Maßnahmen und nicht - wie von einigen ÖBB-Managern verbreitet wurde - um den Ausgleich von Spekulationsverlusten des abgelösten ÖBB-Managements.

Diese Verluste sind allerdings gravierend und werden sicherlich noch ein gerichtliches Nachspiel haben: Für die geplatzten Spekulationsgeschäfte mit der Deutschen Bank im Ausmaß von 613 Millionen Euro mussten bereits in der Bilanz Rückstellungen im Ausmaß von 438 Millionen vorgenommen werden. Dazu

kommen Wertminderungen im riesigen Ausmaß. Wertminderungen, die ebenfalls in der Bilanz für 2008, die im laufenden Monat vorgelegt werden muss, berücksichtigt werden müssen. Es ist also damit zu rechnen, dass der ÖBB-Konzern für 2008 ein enormes Defizit eingefahren hat.

Dazu kommt, dass der ÖBB-Konzern kürzlich eine Kooperation zwischen der Rail Cargo und der Güterverkehrs-Tochter der Deutschen Bahn, DB-Schenker, eingegangen ist, die den ÖBB keinerlei Vorteile bringt. Die Belegschaftsvertretung hat dagegen gestimmt, weil, so Wilhelm Haberzettl auf das finanzielle Desaster der AUA anspielend, „die ÖBB nicht zu einer neuen AUA werden dürfen: Wir wollen keine AUA auf Schienen!“

Der einzige Lichtblick ist die Tatsache, dass die Regierung demnächst die ÖBB-Murks-„Reform“ des Jahres 2004 (zur Erinnerung: Dieser Gesetzes-Murks trägt den Namen von ÖVP-Ex-Staatssekretär Helmut Kukacka) reparieren wird, d. h. die Trennung von ÖBB Infrastruktur Bau AG und Betriebs AG wird rückgängig gemacht, ein zentrales Anlagenmanagement geschaffen und die Dienstleistungs-GmbH erhält neue Aufgaben. Diese Reform kommt hoffentlich rasch!

**„FSGvida bewegt!“**, Fraktionsblatt der FSGvida. **HERAUSGEBER:** Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft vida, 1050 Wien, Margaretenstraße 166, Fraktionsvorsitzender Wilhelm Haberzettl. **MEDIENINHABER:** Verlag des ÖGB GmbH, 1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154-156. **REDAKTION:** Hansjörg Miethling, 1050 Wien, Margaretenstraße 166. **GRAFIKDESIGN:** Maiers Büro, Agentur für Öffentlichkeitsarbeit GmbH und r+k Kowanz. **ARTDIRECTOR/GRAFIK:** Kurt Schmidt. **FOTO-ARCHIV:** Thomas Reimer. **FOTOS:** Thomas Reimer, ÖBB, SPÖ-Kärnten, Thomas Weißenfels/Jens Schmid-Fotolia.com. **FSG IM INTERNET:** www.fsgvida.at. **HERSTELLER:** Verlag des ÖGB GmbH. **VERLAGS-ORT:** Wien. **HERSTELLUNGSORT:** Wien. **DVR-Nr.** 0562041. **ZVR-Nummer:** 158 750 011